

# Die deutschen Königswahlen und das Geld 1198-1308

Vogtherr, Thomas

Veröffentlicht in:  
Abhandlungen der Braunschweigischen  
Wissenschaftlichen Gesellschaft Band 58, 2007,  
S.29-48



J. Cramer Verlag, Braunschweig

## Die deutschen Königswahlen und das Geld 1198–1308

THOMAS VOGTHERR

Lessingstraße 6, D-49134 Wallenhorst

Heinrich Raspe, der 1246 gewählte Gegenkönig zu Friedrich II. bzw. zu seinem Sohn Konrad IV., sei ein *rex clericorum* gewesen, ein Pfaffenkönig, der seine Wahl alleine den Finanzen des Papstes zu verdanken gehabt habe. Erst 25.000 Mark Silber, präzise verteilt an Förderer und Freunde, an Gefolgsleute und Wahlhelfer, hätten dem Thüringer Landgrafen den Weg zum Königtum eröffnet, so berichtet die Erfurter Peterschronik aus der Rückschau zwei Generationen später.<sup>1</sup> Nach dem Tode Heinrich Raspes habe derselbe Papst Innozenz IV. mit Hilfe noch höherer Zahlungen den Grafen Wilhelm von Holland zum König zu machen geholfen.<sup>2</sup> Richard von Cornwall habe 1257, so berichten die wenig späteren Hamburger Annalen, das Geld den Fürsten wie Wasser vor die Füße geschüttet, um seine Wahl zu sichern.<sup>3</sup> Und als Richard nebst deutschen Begleitern 1259 in England auftritt, legt Matthaeus Parisiensis diesen namentlich unbekannten Gefolgsleuten in den Mund: „Wir haben, was wir gewählt haben, mehr das Erspar-te als den Sparer, mehr das Zusammengetragene als den Zusammentragenden.“<sup>4</sup>

Es sind Zeugnisse wie diese, die das Thema „Geld und Königswahlen“ zu einem ernsthaften Gegenstand machen und die zu zweierlei auffordern: zum einen dazu, nach den Realitäten, auch wohl den Realien, hinter den Quellenaussagen zu forschen, zum anderen dazu, nach den moralischen Einstellungen zu fragen, die hinter den Aussagen stehen.<sup>5</sup> Das Erstere ist das ureigene Geschäft der

<sup>1</sup> Cronica S. Petri Erfordensis moderna (1899) 240: Iste papa Innocentius III. inter omnes apostolicos a sancto Petro primo papa dicior fuit. sicut refertur. et opulencior in pecunia et thesauris; nam, sicut multis constat, eo tempore, quo Henricus Thuringie lantravius regni gubernacula suscepit, eidem ad supplementum regni XXV milia [marcarum] argenti transmisit. – STEHKÄMPER (1978) 93f.

<sup>2</sup> NICOLAUS DE CURBIO (1723) 592 c.22: Cui [sc. regi] Dominus Papa, cum Rex ipse dives non esset, quamquam praeclarus genere, triginta milia marcarum argenti, ut fortis ageret ecclesiae negotium, in regni adiutorium transmisit, continuans et retribuens semper nihilominus expensas cotidianas. – Stehkämper (1978) 95f.

<sup>3</sup> Annales Hamburgenses (1859) 384: Hic effudit pecuniam ante pedes principum sicut aquam. – STEHKÄMPER (1978) 96–98.

<sup>4</sup> MATTHAEUS PARIENSIS (1888) 388: Habemus quod elegimus, thesaurum magis quam thesaurizantem, congregatum non congregantem.

<sup>5</sup> Vgl. dazu KAMP (2001).

Historiker zu allen Zeiten gewesen, das Letztere, die Frage nach der Moral, zu beantworten, ist der Historiker nicht unbedingt geeigneter als andere Zeitgenossen auch. Nicht Richter, sondern Staatsanwalt zu sein, das Für und Wider des Handelns zu erwägen, ist die vornehmste Aufgabe des Historikers angesichts von Fragenkomplexen wie dem, der uns hier beschäftigen und bei dem der Versuch unternommen werden soll, Norbert Kamp<sup>6</sup> gewissermaßen weiterzudenken, bis in die Zeit des beginnenden 14. Jahrhunderts hinein und in der Sache hin zum Geld als Mittel der Politik.

\*

1978 stellte Hugo Stehkämper für die genau einhundert Jahre zwischen der zwiespältigen Wahl des Jahres 1198 und der eindeutigen, teuer erkauften Wahl Albrechts von Habsburg 1298 die bekannten Zahlen und Daten über die Rolle des Geldes im Vorgang der Königswahlen zusammen, versuchte eine verfassungsgeschichtliche Wertung der Zahlungen, stufte die an Kurfürsten gezahlten Summen mit Recht deutlich höher ein als die an übrige Beteiligte gezahlten Gelder und lieferte einen ersten Ansatz zur Ermittlung der hinter den Summen stehenden Werte.<sup>7</sup>

Stehkämpers Ergebnisse waren – über eine außerordentlich nützliche Belegsammlung hinaus – in etwa folgende: In Zeiten freier Königswahl, wie sie im 13. Jahrhundert vorherrschten, habe der Einsatz von Geld deutlich zugenommen. Die Zeugnisse urkundlicher Art gäben dabei, so eine der leicht nachvollziehbaren Erkenntnisse, präzise Vorstellungen von den gezahlten Summen, während die historiographische Überlieferung zu Übertreibungen neige und wenig verlässlich sei.<sup>8</sup> Jedoch sei aus den urkundlichen Zeugnissen allein kein vollständiger Überblick über die Geldströme zu gewinnen; die Urkunden belegten lediglich die sprichwörtliche Spitze des Eisbergs. Geld war und blieb für die Zahlenden Mittel zum Zweck. „Es sollte zur Übernahme von Kandidaturen und zum Besuch der Wahltag reizen.“<sup>9</sup> Kritik zog die Zunahme der Geldflüsse auch deshalb nicht auf sich, weil die Zahlungen das Wesen der Königswahl nicht wesentlich verändert und auf die Ausbildung des Kurfürstenkollegs im Laufe des 13. Jahrhunderts keinen Einfluss ausgeübt hätten. Gezahlt worden

<sup>6</sup> KAMP (2006).

<sup>7</sup> STEHKÄMPER (1978), auch für die folgende Zusammenfassung seiner Thesen. – Stehkämpers Aufsatz ist der *locus classicus* der hier behandelten Themenstellung und eine Fundgrube einschlägiger Quellennachrichten, während seine inhaltliche Analyse ausbaufähig ist.

<sup>8</sup> Nachweise hierfür bleibt STEHKÄMPER (1978) im Wesentlichen schuldig, bei KAMP (2001) finden sich erste Hinweise darauf aus einer Analyse vor allem der Chronik des Cosmas von Prag.

<sup>9</sup> STEHKÄMPER (1978) 105.

seien im Zusammenhang von Königswahlen auch Subsidien aus dem Ausland: aus Frankreich, aus England und vor allem durch Papst Innozenz IV. Dies sind die wesentlichen Erkenntnisse Stehkämpers.

Was nun rechtfertigt einen erneuten Blick auf das Thema „Die deutschen Königswahlen und das Geld“? Norbert Kamp zu würdigen, dessen Dissertation „*Moneta regis*“ nun nach einem halben Jahrhundert im Druck erscheint, bedeutet auch, die von ihm begonnenen und bis heute ebenso maßgeblich gebliebenen wie im Grunde nicht weitergeführten Ansätze<sup>10</sup> zu verwenden, um den engen Zusammenhang zwischen königlichem Geld und königlicher Macht zu verdeutlichen und danach zu fragen, welche Rolle das Geld an den verfassungsgeschichtlich einschneidenden Wegmarken des Übergangs vom staufischen Zeitalter zum Spätmittelalter geführt hat. Solches zu fragen, muss über eine bloße Aufnahme überlieferter Summen hinausführen, setzt deren Kenntnis aber voraus. Mehr als noch vor dreißig Jahren, zum Zeitpunkt des Entstehens von Stehkämpers Aufsatz, hat mittlerweile die Vorstellung von einem europäischen Mächtesystem und einer europäischen Außenpolitik seit der Stauferzeit Gestalt angenommen,<sup>11</sup> so dass deutlicher gefragt werden kann, welche Rolle das Geld und insbesondere die Zahlungen auswärtiger Mächte für die Königswahlen im Römisch-Deutschen Reich denn gespielt haben.<sup>12</sup> Dabei wird auch prägnanter hervortreten, wieso gerade im Laufe des 13. Jahrhunderts der Einsatz von Geld bei den Wahlen so stark zunimmt. Hier vermag Stehkämpers einziges Interpretationsangebot – die Zunahme der Bedeutung des Geldes angesichts der zunehmenden Durchsetzung der Geldwirtschaft während der Stauferzeit<sup>13</sup> – in ihrer Allgemeinheit am wenigsten zu befriedigen.

Die Untersuchung gliedert sich deswegen in drei Teile: Zunächst wird die Königswahl des Luxemburgers Heinrich VII. im Jahre 1308 unter dem Gesichtspunkt der Rolle des Geldes darzustellen und paradigmatisch zu interpretieren

<sup>10</sup> Dies richtet sich wahrlich nicht gegen die umfangreichen Fortschritte der numismatischen Detailforschung, über die REINER CUNZ im Nachwort zu KAMP (2006) 525–548 zuverlässig berichtet, sondern gegen die grundsätzliche Abstinenz der meisten Numismatiker, aus ihren Feststellungen allgemeinhistorische Folgerungen abzuleiten, sowie gegen die Ignoranz der meisten Mediävisten gegenüber den Ergebnissen der Numismatik. – Vgl. dazu auch meine Bemerkungen in VOGTHERR (2004) 20f.

<sup>11</sup> Grundlegend BERG (1987), MORAW (1988), GEORGI (1990), BERG (1993), WEIERS (1995), REITEMEIER (1999), KINTZINGER (2000), BERG, KINTZINGER & MONNET (2002). – Vgl. dazu auch den Abschnitt 3 dieses Aufsatzes.

<sup>12</sup> Insbesondere zur Rolle auswärtiger Kandidaten bei der römisch-deutschen Königswahl ROSCHECK (1984), BRÄNDLER (1994). – Zu den bisweilen polemischen Tendenzen des Letzteren in der Auseinandersetzung mit der vorangegangenen Forschung vgl. die berechtigten Bemerkungen bei JÄSCHKE & THORAU (2006) 21 („übertriebene Polemik“), 25 („zu Unrecht gescholten“) u.a.m.

<sup>13</sup> STEHKÄMPER (1978) 83 u.ö.

sein, als eine europäisch beeinflusste Wahl und als eine Wahl, bei der das Geld, freilich kaum anders als in Form theoretischer Versprechungen, weniger in Form praktischer Zahlungen eine erhebliche, womöglich ausschlaggebende Rolle gespielt hat. Zum zweiten soll die Wahl Heinrichs VII. und die Bedeutung des Geldes dabei in den Zusammenhang der früheren Wahlen gestellt werden. Drittens schließlich folgt ein systematisch ansetzender Erklärungsentwurf für den offenkundigen Erfolg des Geldeinsatzes bei den römisch-deutschen Königswahlen, der insbesondere auf die strukturellen Eigentümlichkeiten des Reiches, auch im Verhältnis zu den europäischen Nachbarstaaten eingeht.

## 1. Die Königswahl Heinrichs VII. (1308) und das Geld<sup>14</sup>

Am 1. Mai 1308 war König Albrecht I. von Habsburg in der Nähe des Familiensitzes durch seinen Neffen Johannes ermordet worden, dem man seither den Beinamen „Parricida“ – Verwandtenmörder beilegte. Selber, wenngleich wohl zu Unrecht, als Königsmörder am 1306 ums Leben gekommenen Wenzel von Böhmen verdächtigt, hinterließ Albrecht immerhin neun lebende Kinder, unter ihnen zwei volljährige Söhne: den späteren König Friedrich den Schönen sowie Leopold I., dem die Verwaltung der habsburgischen Vorlande anvertraut wurde. Friedrich selber machte sich zunächst Hoffnungen auf den böhmischen Königsthron, auf den er allerdings im August 1308 gegen die stattliche Summe von 45.000 Mark Prager Silber verzichtete. Diese Summe wurde nicht in bar gezahlt, sondern an deren Statt behielt Friedrich eine Reihe vormals böhmischer Burgen und Städte in Krain, Kärnten und Mähren. Eine eigene Königskandidatur im Römisch-Deutschen Reich scheint allenfalls eine momentane Option Friedrichs gewesen zu sein.<sup>15</sup> Insbesondere die rheinischen Kurfürsten machten sehr schnell deutlich, dass sie weder ihn noch den von französischer Seite ins Spiel gebrachten Grafen Karl von Valois, den Bruder des französischen Königs Philipp IV., zu wählen gedächten.

Freilich war damit nur eines entschieden: die Frage nämlich, wer nicht König werden sollte, insbesondere verbunden mit der Feststellung, dass an eine dynastische Folge innerhalb der habsburgischen Familie nicht zu denken war. Damit wurde die Nachfolgeregelung für Albrecht von Habsburg zum klassischen Fall einer – im Rahmen der spätmittelalterlichen Rechtsverhältnisse und politischen Praktiken – freien Wahl.<sup>16</sup> Und erst damit begann auch die Dimension des Geldes, für die anstehende Wahlentscheidung an Bedeutung zu gewinnen.

<sup>14</sup> Zur Ereignisgeschichte vgl. die Regestenzusammenstellung von JÄSCHKE & THORAU (2006) 17–75, Regesten Nrn. o–ap und 1–6, – Zur Wahl Heinrichs VII. vgl. darüber hinaus SCHUBERT (1985) 104–107, JÄSCHKE (1999) 100–117.

<sup>15</sup> Zu diesen Vorgängen KRIEGER (1994) 99–114.

<sup>16</sup> Nicht zu diskutieren ist hier der Begriff der „freien Wahl“ eines römisch-deutschen Königs. Gemeint ist schlicht, dass die Wahl dynastisch nicht vorentschieden, sondern offen war.

Die ersten Initiativen im Zusammenhang mit der Neuwahl eines Königs gingen vom Niederrhein aus: Ob noch ohne oder schon mit Kenntnis des eben erst begangenen Mordes vereinte sich eine Reihe niederrheinischer Fürsten unter Führung des Herzogs Johann II. von Brabant (1294–1312) am 11./12. Mai 1308 in Nivelles zu einem gegenseitigen Hilfsbündnis gegen jedermann, ausgenommen die Könige in Deutschland und Frankreich.<sup>17</sup> Nivelles, Hauptort des walonischen Teils des Herzogtums, war durch seine Grenzlage für ein solches Bündnis prädestiniert, lag es doch nahe an der Grenze zum Königreich Frankreich, andererseits aber noch deutlich innerhalb des Reichsgebietes und bot für eine Vereinigung niederrheinischer Reichsfürsten im Vorfeld einer Königswahl auf diese Weise die geeignete Kulisse.

Für den Fall der Königswahl eines der Bündnispartner sicherten sich die Verbündeten in den französischsprachig aufgesetzten Urkunden untereinander unter anderem die umgehende Bestätigung des vom Reich zu Lehen gehenden Besitzes zu. Damit waren neben dem Brabanter die Grafen Wilhelm III. von Hennegau-Holland aus dem Hause Avesnes, Heinrich von Luxemburg, Johann von Flandern-Namur, Gerhard von Jülich und Arnold von Looz-Chiny miteinander auf eine Weise verbunden, die in der Tat politisch bedeutsam werden sollte, weil eben wirklich einer von ihnen, der Luxemburger Heinrich, wenige Monate später zum Römisch-Deutschen König gewählt werden sollte. Bis dahin war freilich noch ein halbes Jahr an intensiver Verhandlungstätigkeit vonnöten, und Heinrich von Luxemburg war jedenfalls im Mai alles andere als der geborene Kandidat für die Nachfolge Albrechts von Habsburg.

Drei Wochen später, Ende Mai/Anfang Juni 1308, mischte sich der französische König Philipp IV. der Schöne<sup>18</sup> in die unentschieden, aber auch unübersichtlich erscheinende Situation im Römisch-Deutschen Reich ein.<sup>19</sup> Von Frankreich aus gesehen, mochte eine Einmischung in Deutschland Erfolg versprechend sein: Das Attentat von Anagni auf Papst Bonifaz VIII. 1303 und sein baldiger Tod († 1303 Oktober 11) hatten die Suprematie Frankreichs gegenüber dem Papsttum als ernsthafte Möglichkeit erwiesen. Ab 1309 sollten die Päpste in der Tat in Avignon residieren, in einer Situation also, die mit der biblischen *captivitas Babylonica* verglichen wurde. 1306 waren die französischen Juden

<sup>17</sup> JÄSCHKE & THORAU (2006) 17–21 Regest o–p, mit der älteren Literatur zu diesem Bündnis; im Kommentar 19f. auch Überlegungen dazu, ob die Bündnispartner von der Ermordung Albrechts I. bereits wissen konnten oder nicht. – Zu dieser Frage ausführlicher JÄSCHKE (1999) 101–104.

<sup>18</sup> Über seine Herrschaft Miethke in EHLERS, MÜLLER & SCHNEIDMÜLLER (1996) 203–230, 399–401, mit älterer Literatur.

<sup>19</sup> Zu diesen Vorgängen ROSCHECK (1984) 55–118, bes. 75–96, BRABANDER (1994) 125–145, 397–411, JÄSCHKE (1999) 104–109, JÄSCHKE & THORAU (2006) 21–26 Regesten q–t, jeweils mit der älteren Literatur, auf die hier nicht eigens verwiesen wird.

aus dem Lande getrieben worden, wodurch alleine mehr als drei Millionen Pfund in die Taschen des Königs gespült worden waren. 1307 waren die ersten Schritte zum Erwerb Lyons für Frankreich erfolgt. Im gleichen Jahre 1307 begann die Verfolgung, Verhaftung und schließlich physische Liquidierung der Angehörigen des Templerordens, verbunden mit der Konfiskation des für unermesslich gehaltenen Ordensbesitzes, der zwar überwiegend den Johannitern überwiesen wurde, zu erheblichen Anteilen aber dennoch in der königlichen Kammer verbucht wurde. Kurz: Philipp der Schöne befand sich politisch in der Offensive und war finanziell in der Lage, auch größere Summen in eine Thronkandidatur seines Bruders Karl von Valois zu investieren.

Zunächst beließ Philipp es freilich bei Appellen: Dem böhmischen König Heinrich von Kärnten legte er Ende Mai nahe, auf eine allzu schnelle Anberaumung eines Verhandlungs- oder Wahltermins zu verzichten.<sup>20</sup> Er selber, Philipp, habe noch einen Papstbesuch zu absolvieren und lege nur auf eines Wert: dass ein neuer König sich hinreichend eifrig um die Angelegenheiten des Heiligen Landes kümmern könne. Heinrich von Kärnten, aus der Familie der Tiroler Grafen stammend, war nur einer der Adressaten eines solchen Schreibens, das offenkundig auch an andere Kurfürsten und sonstige Reichsfürsten gerichtet werden sollte. Heinrich war zum einen Kurfürst, zum anderen einer der entschiedenen Gegner jedweder habsburgischen Kandidatur und insofern einer der potentiellen Bündnispartner für jeden französischen Versuch, einen eigenen Kandidaten zu protegieren.<sup>21</sup> Und genau das tat Philipp dann zwei Wochen später auch wirklich, indem er Karls von Valois Namen als Kandidaten gegenüber dem Böhmenkönig – und wiederum womöglich auch gegenüber anderen Kurfürsten und Fürsten des Reiches – nunmehr offen nannte und seinen Bruder förmlich nominierte.<sup>22</sup> Ob das in allem mit Papst Clemens V. abgestimmt war, einem Franzosen und früheren Erzbischof von Bordeaux, steht nicht wirklich fest,<sup>23</sup> ist aber für die Zusammenhänge unseres Themas auch eher am Rande von Interesse.

Entscheidender ist es, dass von Poitiers aus eine kleine Gesandtschaft nach Deutschland geschickt wurde. Sie bestand aus Magister und Hofrichter Gérard de Landry, einem der juristischen Ratgeber des Königs, Magister und Königs-

---

<sup>20</sup> JÄSCHKE & THORAU (2006) 21–23 Regest q, auch zur umstrittenen Datierung (Mai 20 oder Mai 27).

<sup>21</sup> Über den böhmischen König Heinrich und seine Bedeutung im Rahmen der Königswahl vgl. BEGERT (2003) 127–133.

<sup>22</sup> JÄSCHKE & THORAU (2006) 23f. Regest r.

<sup>23</sup> Hierzu ROSCHECK (1984) 96–118 sowie BRABÄNDER (1994) 125–134, 405–411, mit im Detail voneinander abweichenden Interpretationen der Quellen.

kleriker Pierre Barrière und Hugo de la Celle, einem seiner Ritter.<sup>24</sup> Damit war sie diplomatisch so niederrangig, dass ein eventuell mögliches Scheitern dieser Erkundigungen nicht notwendig großen Schaden anrichten musste.<sup>25</sup> Sie war auch finanziell eher bescheiden ausgestattet: Gerade eben 1.500 Pfund kleine Turnosen bekamen die drei in die Hand, als Vorschuss Philipps auf noch zu leistende größere Zahlungen, die dann fällig werden sollten, wenn die Königswahl Karls von Valois erfolgreich sein würde. Die Größenordnung des Handgeldes der Gesandten belief sich auf den Gegenwert etwa zweier Jahre Unterhalt für einen gepanzerten Lehnssritter, bewegte sich also im monetär unerheblichen Bereich. Freilich war von vornherein an mehr gedacht: Philipp der Schöne nötigte seinen Bruder Karl, nicht nur für die 1.500 Pfund Handgeld zu bürgen, sondern für alle Summen, die zur Erwirkung seiner Königswahl zu zahlen sein würden.

Damit war der politische Hut in den Ring geworfen. Einmal mehr stand ein Bewerber um die römisch-deutsche Königskrone zur Verfügung, der selber nicht aus Deutschland stammte. Die offene Werbung Philipps und des päpstlichen Hofes für den Kapetinger löste eine geradezu hektisch anmutende Aktivität unter den Kurfürsten aus, die hier nicht detailliert beschrieben werden soll.<sup>26</sup> Nur soviel: Der Erzbischof von Köln nahm die Vorbereitung einer Königswahl, gewissermaßen als „Leiter der Wahl“<sup>27</sup>, in die Hand und erwirkte für sich selber ein Wahlversprechen des aussichtsreichsten Kandidaten Heinrich von Luxemburg, das seinesgleichen nicht kannte. Der Graf sicherte ihm Ersatz früherer Aufwendungen und Schäden unter den vorangegangenen Königen in Höhe von nicht weniger als 100.000 Mark Silber zu, darüber hinaus für die Schäden, die Albrecht von Habsburg angerichtet hatte, noch einmal weitere 45.000 Pfund kleiner Turnosen, für Aufwendungen bei der Königswahl weitere 5.000 Pfund und für die erzbischöflichen Räte 6.000 Pfund.<sup>28</sup> In der Summe wäre dies, wenn es denn gezahlt worden wäre, die höchste Summe gewesen, die im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Kauf einer Kurfürstenstimme bis dahin versprochen und gezahlt worden war. Von „Maßlosigkeit“ sprachen in diesem Zusammenhang schon die Zeitgenossen, erst recht aber die modernen Historiker.<sup>29</sup>

<sup>24</sup> Die Namen bei JÄSCHKE & THORAU (2006) 24–26 Regesten r–t, auch zu den folgenden finanziellen Aspekten. Hinzuzuziehen sind dabei außer den bei JÄSCHKE & THORAU registrierten Stücken noch SCHWALM (1906–1911) 205f. Nrn. 241f.

<sup>25</sup> Vgl. auch SCHUBERT (1985) 104.

<sup>26</sup> Die entsprechenden Quellen bei JÄSCHKE & THORAU (2006) 29–36 Regesten w–ab.

<sup>27</sup> Dieser Begriff bei ERKENS (1987) 59.

<sup>28</sup> JÄSCHKE & THORAU (2006) 36–41 Regest ac, auch mit Hinweisen auf die einschlägige Literatur. – Druck: SCHWALM (1906–1911) 218–222 Nr. 257.

<sup>29</sup> Der Begriff der „Maßlosigkeit“ bei JANSSEN (1995) 212.



Erst im September begannen die Entwicklungen, deutlich auf Heinrich von Luxemburg hinauszulaufen. Selbst Papst Clemens V. musste Philipp dem Schönen Anfang Oktober mitteilen, dass die Wahlwerbung seiner Gesandten im Reich nicht nur nichts bewirkt hatte, sondern dass mit dem Grafen Heinrich, einem Bruder des jüngst ins Amt gekommenen Trierer Erzbischofs Balduin, ein ausgesprochen geeigneter Kandidat zur Verfügung stehe.<sup>30</sup> Drei Wochen später erinnerte der Papst den französischen König dann noch daran, dass das lange Zeit geförderte Projekt einer Nachfolge Karls von Valois in Konstantinopel erneuten Engagements bedürfe.<sup>31</sup>

Heinrichs Wahl begann nun, sich sehr konkret abzuzeichnen. Als Bruder des Trierer Erzbischofs Balduin, eines der rheinischen Kurfürsten, war er gleichzeitig mit hinreichender Nähe zum französischen Königsgeschlecht ausgestattet und überdies ligischer Lehnsmann Philipps des Schönen.<sup>32</sup> Nur der Mainzer, der dritte geistliche Kurfürst, bedurfte noch einer ähnlich weitgehenden Aussicht auf künftige Privilegierung, wie sie der Kölner bereits erhalten hatte. Schadensersatzleistungen, Wahlauslagen und Kosten für die Königserhebung werden – wie dem Kölner, so auch dem Mainzer – in sechsstelliger Höhe zugesichert, nicht zu vergessen zahlreiche, wie im Kölner Fall einzeln genannte Rechte, Einkünfte und Privilegien.<sup>33</sup> Damit war der letzte Mosaikstein in das Bild der Königswahl eingefügt: Abgesehen vom böhmischen König wählten in einer Vorwahl zu Rhens die übrigen sechs Kurfürsten einstimmig und einmütig Graf Heinrich von Luxemburg zum neuen König.<sup>34</sup> Vollzogen wurde die Wahl am 27. November 1308 in Frankfurt am Main.<sup>35</sup> Die Wahlanzeige an Papst Clemens V. nennt in ihrer einzigen erhaltenen Ausfertigung Erzbischof Balduin von Trier aus dem Hause der Grafen von Luxemburg als ersten ihrer Aussteller.<sup>36</sup>

Es waren die eigenen großzügigen finanziellen und territorialen Versprechungen, die Heinrich VII. den Weg zum Königtum gebahnt hatten. Es war aber auch die offensichtlich frühzeitige Einsicht darin, dass ein kapetingischer Kandidat nicht wirklich durchsetzbar war. Die Summen, die seine Königswahl vermutlich verschlungen hätte, wären sehr viel höher gewesen als diejenigen Gelder, die Heinrich selber im Vertrauen auf die Zukunft den rheinischen Kurfürsten zugesagt hatte, ohne sie indes jemals zahlen zu müssen. Das Geld Frankreichs und seines Königs hätte für die Finanzierung der Wahl wohl ausgereicht, die politi-

<sup>30</sup> JASCHKE & THORAU (2006) 45–48 Regest ah.

<sup>31</sup> Ebd. 49f. Regest aj.

<sup>32</sup> Ebd. 8f. Regesten e und f.

<sup>33</sup> Ebd. 53–56 Regest al.

<sup>34</sup> Ebd. 57–59 Regest am.

<sup>35</sup> Ebd. 60–66 Regest ao.

<sup>36</sup> Ebd. 66–68 Regest ap.

sche Gesamtsituation erbrachte mit Heinrich VII. einen auch für kapetingische Interessen hinnehmbaren König und künftigen Kaiser als Nachbarn im Osten. Wenn im Falle der Wahl Heinrichs das Geld eine Rolle gespielt hatte, dann sicherlich eher in Form von Ansprüchen, die billigend zur Kenntnis genommen und auf eine ungewisse Zukunft hin verbriefte wurden.

## **2. Heinrichs VII. Wahl, das Geld und die Königswahlen des vorangegangenen Jahrhunderts**

Seit dem Tod Heinrichs VI. 1197 standen mehr oder minder ständig Wahlen an, bei denen der Rückgriff auf einen dynastisch in Frage kommenden Nachfolger entweder nicht möglich war oder wenigstens nicht auf der Hand lag. Ausnahmen stellen lediglich die Sohneswahlen zugunsten Heinrichs (VII.) 1220 und Konrads IV. 1237 dar.<sup>37</sup> Hier spielte erwartungsgemäß das Geld keine sichtbare Rolle. In allen anderen Wahlen der Jahre zwischen 1198 und 1308 – Stehkämpfer zählt bis 1298 deren 14<sup>38</sup> – spielte das Geld eine mehr oder weniger bedeutende Rolle.

Systematisch lässt sich verallgemeinern, dass die wesentlichen Empfänger von Geldern allemal die rheinischen Kurfürsten waren:<sup>39</sup> Köln, Mainz und Trier erhielten den Löwenanteil der überlieferten Zahlungen. Genannt wird als Empfänger daneben noch der Pfalzgraf bei Rhein, während Sachsen und Brandenburg nur einmal – 1292 – genannt werden und Böhmen eine Sonderrolle spielt. Dies Bild gilt auch für 1308: Köln und Mainz als die wesentlichen Kurstimmen auf die Seite des Luxemburgers zu ziehen, ist das wichtigste, mit Geld zu erreichende Ziel. Die Sondersituation eines Trierer Erzbischofs aus der Familie des künftigen Königs macht Geldzuwendungen an diesen Geistlichen entbehrlich, aber das bestätigt im Grunde eher den Normalfall. Ebenso bestätigt es den Normalfall, dass weder die Stimmen von Brandenburg noch von Sachsen erkaufte werden müssen, sondern dass sich diese Familien mit ihrem Kurverhalten frühzeitig an die rheinischen Stimmen binden.

Zum zweiten: Zwischen 1198 und 1257/58 sind immer wieder auch kleinere Beträge an Fürsten gezahlt worden, die nicht in den Kreis der Kurfürsten gehörten. Solcherlei Zahlungen fehlen 1308 vollständig. Freilich wird es den Bündnispartnern von Nivelles, den niederrheinischen Fürsten und Adligen, in den Jahren der Königsherrschaft Heinrichs VII. denn doch entgolten, sich frühzeitig

<sup>37</sup> Zu diesen Vorgängen vgl. THORAU (1998) 63–93 sowie STÜRNER (2000) 333f.

<sup>38</sup> STEHKÄMPFER (1978) 104.

<sup>39</sup> Wo nicht anders nachgewiesen, werden hier die Ergebnisse von STEHKÄMPFER (1978) 104–111 paraphrasiert.

auf dessen Seite geschlagen zu haben. Dieses Entgelt wird aber eben nicht in Geld, sondern in Rechten, Privilegien und gelegentlich auch in Einkünften zu Lasten des Reiches gezahlt, eine Verfahrensweise, zu der die Könige vor allem seit den Zeiten Rudolfs von Habsburg neigten. So erhielt Graf Johann von Flandern-Namur 1309 die Grafschaft Cambrai übertragen,<sup>40</sup> und Johann II., der Sohn und Nachfolger Johanns I. von Brabant-Niederlothringen, erhielt unter ausdrücklichem Verweis auf die Treue seines Vaters und Vorgängers im gleichen Jahre eine umfangreiche Bestätigung seiner Besitzungen und Rechte.<sup>41</sup>

Zahlungen an nichtfürstliche Adlige sind ganz sicherlich zu unterstellen, womöglich auch im Jahre 1308. Freilich führt dies in ein besonderes Dunkel der Überlieferung, das alleine durch die einzigartige Abrechnung über die päpstlichen Hilfgelder bei der Wahl Heinrich Raspes 1247 punktuell aufgeheilt wird.<sup>42</sup> In dieser Liste werden nicht nur minutiös die Einzelbeträge für Adlige aus der Gefolgschaft des Thüringer Landgrafen aufgeführt, sondern bis hin zum Seidenschal für die Königin und die Spesen für die Geldwechsler auch Informationen aufgezeichnet, die – jedenfalls für das Römisch-Deutsche Reich – für lange Zeit einzig dastehen und ihre Parallelen allenfalls in den Haushaltsbüchern der französischen *Chambre des Comptes* oder des englischen *Exchequer* haben.<sup>43</sup>

Im Falle der Wahl Heinrichs VII. spielten offensichtlich zu einem bestimmten Zeitpunkt auch in Aussicht gestellte Zahlungen aus dem Ausland eine Rolle. Philipp IV. von Frankreich musste eine Kandidatur seines Bruders durch solcherlei Zahlungen zu befördern versuchen, wenn sie überhaupt Erfolg versprechend sein sollte. Dass von diesen Zahlungen letztlich kein Gebrauch gemacht wurde, dass sie womöglich nicht einmal in einer Höhe angeboten wurden, die bei deutschen Fürsten auf irgendein Interesse hätten stoßen können, zeigt die Änderung der politischen Verhältnisse im 13. Jahrhundert überdeutlich an. Das außenpolitische System, das sich in Europa nach dem Ende der Stauferzeit vollends stabilisierte und dessen Anfangsgründe in den Zeiten Barbarossas zu suchen sind,<sup>44</sup> machte Zahlungen aus dem Ausland weniger sinnhaft als in den Jahrzehnten zuvor.

<sup>40</sup> JÄSCHKE & THORAU 184f. Regest 158 sowie die Erneuerung dieser Übertragung ebd. 274f. Regest 264.

<sup>41</sup> Ebd. 95f. Regest 33.

<sup>42</sup> Diese Liste ist gedruckt bei WEILAND (1896) 629–631 Nr. 458. – Eine umfassende Untersuchung durch Matthias Werner ist angekündigt, aber bisher nicht erschienen; vgl. WERNER (2003) 253–255 sowie REULING (2003) 298 Anm. 136 und GRAMSCH (2003) *passim*.

<sup>43</sup> Eine umfassend vergleichende Geschichte der europäischen Finanzverwaltungen des Mittelalters fehlt; Ansätze finden sich bei LYON & VERHULST (1967). – Für die erste Orientierung zur *Chambre des comptes* ist immer noch hinzuweisen auf LOT & FAWTIER (1958) 240–244.

<sup>44</sup> Dies weist – trotz aller Kritik an seiner Arbeit im Detail – überzeugend GEORGI (1990) nach.

England fiel 1308 als Quelle für wahlbeeinflussende Zahlungen aus: Die Probleme an der schottischen Grenze, die auch finanziellen Belastungen durch die Auseinandersetzungen um die englischen Festlandbesitzungen, letztlich aber auch der Thronwechsel von Edward I. auf Edward II. im Jahre 1307 blockierten jede Form außenpolitischen Handelns Englands auf anderen Schauplätzen.<sup>45</sup> Ähnliches galt für das Papsttum, dessen Eigenständigkeit nach dem Attentat von Anagni und angesichts der sich abzeichnenden französischen Suprematie über den Papst zu anderem Handeln als dem an der Seite des französischen Königs nicht mehr befähigte. blieb allein der Kapetinger selber, dem jedoch der Karrieresprung seines jüngeren Bruders Karl von Valois gegenüber anderen politischen Erwägungen offensichtlich nicht wichtig genug war. So floss 1308 aus dem Ausland nicht das Geld, das Frankreich 1212 an Friedrich II. gezahlt hatte, Papst Innozenz IV. 1246/47 an Heinrich Raspe oder England 1208 an Otto IV. Die Wahl 1308 blieb ohne wesentliches Einwirken ausländischen Geldes eine gewissermaßen innerdeutsche Angelegenheit. Das freilich bedeutet nicht, dass bei ihr das Geld keine Rolle gespielt hätte.

### **3. Die deutschen Königswahlen und das Geld – ein Interpretationsansatz vor dem Hintergrund des Konzeptes mittelalterlicher „Außenpolitik“<sup>46</sup>**

Der Einfluss des Geldes auf politische Wahlen ist eine über die Grenzen der historischen Großepochen hinaus bekannte Konstante. Ob in Gestalt des im 11. Jahrhundert welthistorisch bedeutend gewordenen Streits um den Kauf geistlicher Ämter, die sogenannte Simonie, oder ob in Gestalt der Beeinflussung politischer Wahlen durch die Beeinflussung der beteiligten Wähler mit Hilfe des Geldes seit der Antike und bis in die Gegenwart hinein: Das Erreichen vor allem politischer Ziele mit Hilfe des Einsatzes von Geld ist keineswegs auf die Königswahlen des 13. Jahrhunderts beschränkt. Umso überraschender ist es, dass dieses Thema bisher in seiner Gesamtheit in der Forschung nicht behandelt worden zu sein scheint, während es an Detailstudien nicht fehlt.<sup>47</sup>

Freilich ist es auf den ersten Blick auffallend, wie schnell sich die Beeinflussung von Königswahlen durch den Einsatz von Geld während der ausgehenden Stauferzeit, des anschließenden Interregnums und der Zeit nach 1273 zu einer Art unangefochtener und im Grundsatz unkritischer Selbstverständlichkeit

<sup>45</sup> Zur Situation Englands in diesen Jahren genügt ein Blick in eine beliebige Überblicksdarstellung; von deutscher Seite aus ist die klassische Bearbeitung von TRAUTZ (1961) 175–191 immer noch lesenswert.

<sup>46</sup> Dieser Teil ist gegenüber der Vortragsfassung verändert und wesentlich erweitert.

<sup>47</sup> Sie sind etwa über die Literatur in Anm. 11 zu ermitteln.

entwickelt. In Zeiten einer ausführlichen, vor allem, aber keineswegs ausschließlich kanonistischen Diskussion um den rechten Einsatz des Geldes – etwa im Zusammenhang mit Zins und Wucher – spielt seine Verwendung für die Wahlbeeinflussung in der politik- und rechtstheoretischen Diskussion der Zeit keine erkennbare Rolle.<sup>48</sup> Wo Wahlbeeinflussungen mit Hilfe des Geldes angeprangert werden, da geschieht dies durch zeitgenössische Chronisten, die nicht selten drastisch überhöhte Zahlen in die Welt setzen und ihre Kritik eher an der Größenordnung der Zahlungen als an ihrer Tatsache schlechthin festmachen. Kritik, streckenweise geradezu Erregung zieht der Einsatz von Geld bei Wahlen dann auf sich, wenn er überhand zu nehmen scheint, ohne dass offensichtlich das gewissermaßen akzeptable Maß der Geldverwendung in diesem Zusammenhang einmal thematisiert worden wäre.

Welcher Vorbedingungen bedurfte es, um Geld bei Königswahlen erfolgreich zum Einsatz bringen zu können? Meines Erachtens sind es fünf wesentliche Anforderungen an den Entwicklungsstand des mittelalterlichen Römischen Reiches und seiner Nachbarn:

1. Zwingend notwendig ist das Vorhandensein einer Außenpolitik und eines außenpolitischen Systems, das es erlaubt, staatliche Interessen zu definieren und ihnen, sei es mit militärischen, sei es mit diplomatischen, sei es eben auch mit Mitteln des Geldes zum Durchbruch zu verhelfen. Ein solches Europa in seinem Kern umfassendes außenpolitisches System<sup>49</sup> bildet sich im Verlaufe der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts in recht stabilen Grundzügen aus, also in der Zeit Friedrich Barbarossas, Heinrichs II. von England oder spätestens Philipp Augusts von Frankreich.<sup>50</sup> Diese Systembildung brachte auch den Einsatz des Geldes als außenpolitisches Instrument mit sich. In diesen Zusammenhang hinein gehört die Feststellung, dass angesichts der vorangeschrittenen Entwicklung des königlichen Finanzwesens in Frankreich und England von dort aus früher als vom Römischen Reich aus Geld aktiv eingesetzt wurde, um politische Ziele außerhalb der eigenen Grenzen zu erreichen.

Für die hier in Rede stehende nachstaufische Zeit kann ohne Frage vom Vorhandensein einer „Außenpolitik“ zwischen den großen europäischen Königreichen ausgegangen werden. Zwar wird man mit der bloßen Übertragung moderner, politiktheoretischer wie staats- oder gar völkerrechtlicher Begrifflichkeiten auf das Mittelalter kaum zum tieferen Verständnis dieser

<sup>48</sup> Dies zeigt etwa KAMP (2001).

<sup>49</sup> Zum Systembegriff in diesem Zusammenhang WEFERS (1995).

<sup>50</sup> Dies ist die Grundthese der Dissertation von GEORGI (1990), die in der Rezension durch JOHANNES FRIED, in: Historisches Jahrbuch 116, 1996, 195–197, bestritten wird.

mittelalterlichen Außenpolitik durchdringen können, aber das allein diskreditiert den Ansatz nicht. Außenpolitik, verstanden als die über Grenzen des eigenen Machtbereiches hinausgehenden Versuche, eigene Interessen durchzusetzen und sich bei dieser Gelegenheit mit konkurrierenden Interessen auseinanderzusetzen, ist zwischen dem Römisch-Deutschen Reich, Frankreich und England im 12. Jahrhundert eine Alltäglichkeit geworden. Allenfalls wird man angesichts der besonderen Position des Kaisertums gegenüber dem Papsttum mit dem Begriff einer Außenpolitik gegenüber den Päpsten vorsichtig sein müssen, wofür vor allem die Geschichte der staufischen Zeit hinreichend viele Beispiele liefert, vom Alexandrinischen Schisma zu Zeiten Friedrich Barbarossas über die Frage eines vermeintlichen oder tatsächlichen Erbreichsplanes Heinrichs VI. und seiner *unio regni ad imperium* und das engagierte Eingreifen des Papstes in den Thronstreit zwischen 1198 und 1208 bis zu den Verwerfungen zwischen Friedrich II. und den Päpsten ausgangs seiner Regierungszeit.<sup>51</sup> Jedoch wird man einer deutschsprachigen Forschung, die ohne Schwierigkeiten staufische „Weltherrschaftspläne“ diskutiert, den Begriff „Außenpolitik“ aber geradezu ängstlich zu vermeiden sucht, den Vorwurf begrifflicher Übervorsicht nicht vorenthalten dürfen.<sup>52</sup>

2. Allein die spezifische Situation im Römisch-Deutschen Reich bot Anlass und Möglichkeiten dazu, Geld bei Königswahlen systematisch einzusetzen: Das Ende der staufischen Dynastie, die Vielzahl der dynastisch nicht oder jedenfalls nicht eindeutig vorbestimmten Wahlen und die Vielzahl der daraus hervorgehenden, immer wieder neuen Konstellationen zwischen den bestimmenden Mächten innerhalb des Reiches boten für auswärtige Interventionen hinreichend viele Ansatzpunkte. Hinzu kam, dass spätestens seit der Doppelwahl von 1256/57 die Verfestigung des Wählerkreises auf die späteren Kurfürsten hin auch deutlich machte, wer an der Wahl bestimmend beteiligt war, also auch: wen mit finanziellen Zuwendungen zu bedenken einen Sinn haben konnte.

Ein vergleichender Blick auf die großen europäischen Monarchien zu gleicher Zeit verdeutlicht die Sondersituation des Römisch-Deutschen Reiches: Dynastische Kontinuitäten bestimmen Frankreich mit den seit 987 und noch bis 1328 herrschenden Kapetingern ebenso wie Englands Herrscherhaus der

<sup>51</sup> Hier genüge der summarische Hinweis auf BERG (1993).

<sup>52</sup> In diesem Zusammenhang immer noch lesenswert ist die durchaus aktuell-politisch begründete, vor der europäischen „Wende“ der Jahre nach 1989 geschriebene Einleitung von HELMUT G. WALTHER, in: MORAW (1988) 9–11. – Wenige Jahre später sind grundsätzliche Veränderungen in der Wahrnehmung auch der Mittelalterhistoriker eingetreten, die sich beispielsweise schon bei BERG (1993) XI f. sowie 1–4 niederschlagen und nochmals in Bergs Einleitung zu BERG, KINTZINGER & MONNET (2002) 11–14 finden. – Vgl. im Übrigen unten bei Anm. 60.

Anjou-Plantagenet, das bis 1377 äußerlich unangefochten bleiben sollte. Ähnlich umstrittene Wahlen wie diejenigen im Römisch-Deutschen Reich in den nachstaufischen Jahrzehnten waren gleichzeitig eher in den osteuropäischen Königreichen an der Tagesordnung, beginnend schon mit dem zum Römisch-Deutschen Reich gehörenden Böhmen und dem Ende der dortigen Dynastie der Přemysliden 1306 oder in Ungarn, dessen Árpádenkönige 1301 in männlicher Linie ausstarben. Die territoriale und politische Neuorganisation Ostmitteleuropas vollzog sich keineswegs ohne das Eingreifen auswärtiger Mächte und ohne die Verwendung von Geld als politischem Anreizmittel. Die Wahl Karls I. Robert von Anjou zum ungarischen König (1308/10–1342) unter massivem Einfluss des Papstes mag hierfür als Beispiel dienen.<sup>53</sup>

3. Ein weiteres Spezifikum der politischen Situation des Römisch-Deutschen Reiches ist die Verbindung seines Königtums mit der Anwartschaft auf die Kaiserwürde. Dadurch kommt hier – im Grunde europaweit nur hier – ein bestimmender Einfluss des Papsttums als Element in die Königswahlen hinein.<sup>54</sup> Das Interesse der Päpste, spätestens seit der Doppelwahl von 1198, auf die Königswahlen Einfluss zu nehmen, führt dazu, diese Versuche auch durch Geldzahlungen zu untermauern. Die ebenso wie in den Königreichen Frankreich und England weiter entwickelte Finanzverwaltung des Papsttums schafft dafür die notwendigen Ressourcen. Überraschenderweise hat sich die Papstgeschichtsforschung der Verwendung von Geld als Mittel päpstlicher Politik kaum zugewandt.<sup>55</sup>
4. Innerhalb des Kreises der Königswähler bzw. der Kurfürsten ist die bestimmende Rolle der rheinischen Kurfürsten offenkundig.<sup>56</sup> Auch beim zielgerichteten Einsatz von Geld im Rahmen der Königswahlen wird die herausragende Bedeutung vor allem der geistlichen Kurfürsten deutlich. Meines Erachtens ist es bisher zu wenig gesehen worden, dass der Entwicklungsrückstand gerade in den weit entwickelten Regionen des Reiches, am Mittel- und Niederrhein sowie im 14. Jahrhundert auch in Böhmen,<sup>57</sup> gegenüber anderen Bereichen Europas sehr viel geringer war und dass gerade des-

<sup>53</sup> Vgl. ENGEL (2001) besonders 124–139.

<sup>54</sup> Grundlegende Darstellungen hierzu im Überblick: SCHUBERT (1975), SCHUBERT (1977) sowie im Übrigen die bei LUCKERATH (2005) verzeichnete Literatur.

<sup>55</sup> Ein Klassiker auf diesem Gebiet ist FAVIER (1966). – In seiner Nachfolge beschäftigen sich zwar zahlreiche Arbeiten mit dem päpstlichen Haushalt, jedoch sind keine systematischen Untersuchungen zum Einsatz des Geldes als eines politischen Mittels der Päpste angestellt worden. Fallweise sind in der Anm. 54 genannten Literatur Informationen zum Thema zu finden.

<sup>56</sup> Hierzu vergleiche SCHUBERT (1975).

<sup>57</sup> Zu diesem Modell unterschiedlicher Entwicklungszustände unterschiedlicher Räume des mittelalterlichen Reiches ist auf grundlegende Arbeiten von Peter Moraw zu verweisen, die konzentriert verarbeitet wurden in MORAW (1985).

wegen in diesen Regionen eine besondere Offenheit für den Einsatz von Geld zur Erreichung politischer Ziele festzustellen ist.

5. Dies führt nicht notwendig auf eine Feststellung Stehkämpfers zurück, erklärt aber ihren Stellenwert besser: Der Einsatz von Geld bei den Königswahlen ist natürlich auch durch die zunehmende Verbreitung und Intensivierung der Geldwirtschaft in staufischer Zeit erklärbar, eine Tatsache, die nicht zuletzt Norbert Kamp umfassend beschrieben hat. Es griffe freilich zu kurz, die „Bedeutungszunahme der Geldwirtschaft“ als Ursache und „Geld bei Königswahlen“ als notwendige Folge anzusehen. Es beschreibt aber die Realität besonders des Mittel- und Niederrheingebietes durchaus zutreffend, zu sagen, dass hier die Geldwirtschaft weiter entwickelt und der Einsatz von Geld als politischem Mittel insgesamt weiter verbreitet war.<sup>58</sup> Deswegen ist es auch durchaus hilfreich, zwischen den versprochenen oder tatsächlich erfolgten Bargeldzahlungen im Rheinland einerseits und den in Geldwert umzurechnenden Pfandgeschäften etwa im Falle der Wahl Albrechts von Habsburg 1298 und der dabei erfolgten Leistungen an den Böhmenkönig andererseits zu unterscheiden. Die reine Geldzahlung in der Erwartung, damit eine bestimmte Handlungsweise zu bewirken oder zu beeinflussen, stellt gegenüber der immer an ein materielles Substrat gebundenen Verpfändung<sup>59</sup> insofern die modernere Form der auf den Einsatz finanzieller Mittel gegründeten Politik dar.

\*

Michael Borgolte hat angesichts des hier in enger Anlehnung an Dieter Berg und Sabine Wefers skizzierten Ansatzes die Vermutung geäußert, die „außenpolitische Spezialgeschichte“ werde sich nicht „auf Dauer gegen komplexere Forschungsstrategien zu behaupten“ vermögen.<sup>60</sup> Dahinter stehen gleich mehrere Annahmen, die einander teils bedingen, teils gegenseitig ausschließen: Unstrittig ist, dass mit der Außenpolitik alleine und ihrer Nachzeichnung im Stile der Diplomatiegeschichte der Neuzeit die Entwicklung Europas in ihren Gemeinsamkeiten und Unterschieden nicht befriedigend zu erklären ist. Das haben freilich die Protagonisten der modernen mediävistischen Außenpolitikforschung auch an keiner Stelle behauptet. Es würde in der Tat heißen, diesen Interpretationsvorschlag bei weitem zu überziehen. Ebenso unstrittig ist es, dass mit der „außenpolitischen Spezialgeschichte“ die kulturelle Vielfalt des Mittelalters, die zu betonen seit jeher ein legitimes Ansinnen insbesondere Borgoltes

<sup>58</sup> Vgl. KLÜSSENDORF (1974) sowie die durch CUNZ in: KAMP (2006) 538–543 nachgewiesenen Arbeiten zu den einzelnen rheinischen Münzstätten.

<sup>59</sup> Über den Einsatz dieses Mittels vgl. LANDWEHR (1967).

<sup>60</sup> BORGOLTE (2002) 381.



ist, ebenso wenig zu erfassen ist. Es bedarf dafür gar nicht des Hinweises auf die „Befangenheit [ergänze: der mediävistischen Forschung] in ihrer eigenen Tradition“ und auf die damit sofort verbundene Gefahr der „Ideologisierung ihres Tuns“, der Vorschub leiste, wer in dieser traditionellen Befangenheit verharre.<sup>61</sup> Angestrebt ist von den Protagonisten moderner mediävistischer Außenpolitikgeschichte – und auch im Rahmen der vorliegenden Skizze – ein bescheideneres Ziel: der Vergleich außenpolitischer Handlungsspielräume, Mittel und Ziele zwischen den Akteuren der europäischen Außenpolitik des 13. und beginnenden 14. Jahrhunderts. Das wiederum scheint ein nicht nur legitimes, sondern in manchen Bereichen der mediävistischen Forschung erst vor durchaus wenigen Jahren in den Blick genommenes Untersuchungsfeld zu sein: die Frage nach den Handlungsspielräumen innerhalb vorhandener oder sich bildender fester Strukturen, die man unter Umständen „Systeme“ nennen und systemtheoretisch behandeln kann, wie dies Wefers skizzenhaft versucht hat.<sup>62</sup>

In diesem Zusammenhang dürfte der Einsatz von Geld als politisch-diplomatischem Mittel eine durchaus beachtliche Rolle spielen, wie hier am Beispiel hat gezeigt werden können. Auf diese Tatsache hinzuweisen, bedeutet gleichzeitig, auf eine systematische Leerstelle bisheriger mediävistischer Forschung hinzuweisen. Stehkämpers Aufsatz und die Darlegungen Kamps sind auch deswegen forschungsgeschichtlich wie forschungspraktisch von so eminenter Bedeutung, weil sie deutlich vor Augen führen, welche Möglichkeiten des Erkenntnisgewinns aus der Kombination „klassischer“ mediävistischer Quelleninterpretation einerseits mit den numismatisch-wirtschaftsgeschichtlichen Forschungsergebnissen andererseits zu erwarten ist. Diese durchaus als interdisziplinär anzusehende Zusammenarbeit zweier historischer Teildisziplinen vermag Gegenstandsbereiche nicht nur zu erfassen und zu erforschen, die bisher kaum oder gar nicht systematisch behandelt worden sind, sondern sie ist geradezu dazu imstande, diesen Gegenstandsbereich für eine moderne Bearbeitung von Beziehungsgeschichten im Mittelalter neu zu konstituieren. Der Blick auf das Verhältnis von Geld und Politik im Mittelalter, näherhin: von Geld und Außenpolitik im Mittelalter, dürfte geeignet sein, das Entstehen eines außenpolitischen europäischen Handlungsfeldes besser zu begreifen und womöglich auch zur Antwort auf die Frage beizutragen, wann aus diesem Handlungsfeld ein System geworden sein könnte.

<sup>61</sup> Ebd. 392.

<sup>62</sup> WEFERS (1995). – Vgl. die Hinweise bei BORGOLTE (2002) 383–386 auf systemtheoretisch argumentierende Studien zur Beziehungsgeschichte.

#### 4. Quellen und Literatur

- Annales Hamburgenses (1859): JOHANN MARTIN LAPPENBERG (Hg.), in: Monumenta Germaniae Historica. Scriptores, Bd. 16, Hannover, 382–385.
- BEGERT, ALEXANDER (2003): Böhmen, die böhmische Kur und das Reich vom Hochmittelalter bis zum Ende des Alten Reiches (= Historische Studien 475), Husum.
- BERG, DIETER (1987): England und der Kontinent. Studien zur auswärtigen Politik der anglonormannischen Könige im 11. und 12. Jahrhundert, Bochum.
- BERG, DIETER (1993): Deutschland und seine Nachbarn 1200–1500 (= Enzyklopädie deutscher Geschichte 40), München.
- BERG, DIETER, MARTIN KINTZINGER & PIERRE MONNET (Hg.) (2002): Auswärtige Politik und internationale Beziehungen im Mittelalter (13. bis 16. Jahrhundert) (= Europa in der Geschichte 6), Bochum.
- BORGOLTE, MICHAEL (2002): Europa entdeckt seine Vielfalt 1050–1250 (= Handbuch der Geschichte Europas 3), Stuttgart.
- BRABÄNDER, MICHAEL RICHARD (1994): Die Einflußnahme auswärtiger Mächte auf die deutsche Königswahlpolitik vom Interregnum bis zur Erhebung Karls IV. (= Europäische Hochschulschriften III 590), Frankfurt/Main.
- Cronica S. Petri Erfordensis moderna (1899): OSWALD HOLDER-EGGER (Hg.), Monumenta Erphesfurtensia saec. XII. XIII. XIV. (Scriptores rerum Germanicarum in usum scholarum ex Monumentis Germaniae Historicis separatim editi [42]), Hannover/Leipzig, 117–369.
- DE CURBIO, NICOLAUS (1723): Nicolai de Curbio [rectius: Nicolai de Calvi] vita Innocentii IV., in: Ludovicus Antonius Muratori, Rerum Italicarum Scriptores, Bd. 3, Mailand, 592–592ξ.
- EHLERS, JOACHIM, HERIBERT MÜLLER & BERND SCHNEIDMÜLLER (Hg.) (1996): Die französischen Könige des Mittelalters, München.
- ENGEL, PÁL (2001): The Realm of St. Stephen. A History of Medieval Hungary 895–1526. London/New York.
- ERKENS, FRANZ-REINER (1987): Der Erzbischof von Köln und die deutsche Königswahl (= Studien zur Kölner Kirchengeschichte 21), Siegburg.
- FAVIER, JEAN (1966): Les finances pontificales à l'époque du Grand Schisme d'Occident 1378–1409, Paris.
- GEORGI, WOLFGANG (1990): Friedrich Barbarossa und die auswärtigen Mächte. Studien zur Außenpolitik 1159–1180 (= Europäische Hochschulschriften III 442). Frankfurt/Main.

- GRAMSCH, ROBERT (2003): Deutschordensdiplomaten in den Verhandlungen zwischen Innozenz IV. und Heinrich Raspe 1244–1246, in: MATTHIAS WERNER (Hg.): Heinrich Raspe – Landgraf von Thüringen und römischer König (1227–1247) (= Jenaer Beiträge zur Geschichte 3), Frankfurt/Main, 317–358.
- HESSEL, ALFRED (1931): Jahrbücher des Deutschen Reiches unter König Albrecht I. von Habsburg (= Jahrbücher der deutschen Geschichte 21), München.
- JANSSEN, WILHELM (1995): Das Erzbistum Köln im späten Mittelalter 1191–1515 (= Geschichte des Erzbistums Köln 2,1), Köln.
- JÄSCHKE, KURT-ULRICH (1999): Europa und das römisch-deutsche Reich um 1300, Stuttgart.
- JÄSCHKE, KURT-ULRICH & PETER THORAU (Bearb.) (2006): Die Regesten des Kaiserreichs unter Rudolf, Adolf, Albrecht, Heinrich VII. 1273–1313. Vierte Abteilung: Heinrich VII. 1288/1308–1313. 1. Lieferung: 1288/1308 – August 1309 (= J. F. Böhmer, Regesta Imperii VI,4,1), Wien/Weimar/Köln.
- KAMP, HERMANN (2001): Geld, Politik und Moral im hohen Mittelalter, in: Frühmittelalterliche Studien 35, 329–347.
- KAMP, NORBERT (2006): Moneta regis. Königliche Münzstätten und königliche Münzpolitik in der Stauferzeit (= Monumenta Germaniae Historica. Schriften 55), Hannover.
- KINTZINGER, MARTIN (2000): Westbindungen im spätmittelalterlichen Europa. Auswärtige Politik zwischen dem Reich, Frankreich, Burgund und England in der Regierungszeit Kaiser Sigmunds (= Mittelalter-Forschungen 2), Stuttgart.
- KLÜSSENDORF, NIKLOT (1974): Studien zu Währung und Wirtschaft am Niederrhein vom Ausgang der Periode des regionalen Pfennigs bis zum Münzvertrag von 1357 (= Rheinisches Archiv 92), Bonn.
- KRIEGER, KARL-FRIEDRICH (1994): Die Habsburger im Mittelalter (= Urban-Taschenbücher 452), Stuttgart.
- LANDWEHR, GÖTZ (1967): Die Verpfändung der deutschen Reichsstädte im Mittelalter (= Forschungen zur deutschen Rechtsgeschichte 5), Köln.
- LOT, FERDINAND & ROBERT FAWTIER (1958): Histoire des institutions françaises au Moyen Âge. Bd. 2, Paris.
- LUCKERATH, CARL AUGUST (2005): Artikel „Approbation, päpstliche“, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, 2. Auflage, Bd. 1, Lieferung 2, Berlin, Sp. 272–276.

- LYON, BRYCE DALE & ADRIAN E. VERHULST (1967): *Medieval Finance. A Comparison of Financial Institutions in Northwestern Europe*, Brügge.
- MATTHAEUS PARISIENSIS (1888): *Ex Chronicis maioribus*, hg. von REINHOLD PAULI & FELIX LIEBERMANN, in: *Monumenta Germaniae Historica. Scriptores*, Bd. 28, Hannover, 107–389.
- MORAW, PETER (1985): *Von offener Verfassung zu gestalteter Verdichtung. Das Reich im späten Mittelalter 1250–1490* (= *Propyläen Geschichte Deutschlands* 3), Berlin.
- MORAW, PETER (Hg.) (1988): „Bündnissysteme“ und „Außenpolitik“ im späteren Mittelalter (= *Zeitschrift für Historische Forschung. Beiheft* 5), Berlin.
- REITEMEIER, ARND (1999): *Außenpolitik im Spätmittelalter. Die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Reich und England 1377–1422* (= *Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London* 45), Paderborn.
- REULING, ULRICH (2003): *Von Lyon nach Veitshöchheim. Die Wahl Heinrich Raspes zum rex Romanorum im Jahre 1246*, in: WERNER (siehe GRAMSCH 2003), 273–306.
- ROSCHKE, PETRA (1984): *Französische Kandidaturen für den römischen Kaiserthron in Spätmittelalter und Frühneuzeit (1272/73–1519)*, Diss. Saarbrücken.
- SCHUBERT, ERNST (1975): *Die Stellung der Kurfürsten in der spätmittelalterlichen Reichsverfassung*, in: *Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte* 1, 97–128.
- SCHUBERT, ERNST (1977): *Königswahl und Königtum im spätmittelalterlichen Reich*, in: *Zeitschrift für historische Forschung* 4, 257–338.
- SCHUBERT, ERNST (1985): *Kurfürsten und Wahlkönigtum. Die Wahlen von 1308, 1314 und 1346 und der Kurverein von Rhens*, in: FRANZ-JOSEF HEYEN (Hg.), *Balduin von Luxemburg, Erzbischof von Trier – Kurfürst des Reiches 1285–1354*, Mainz, 103–117.
- SCHWALM, JACOB, (Hg.) (1904–1906): *Constitutiones et acta publica imperatorum et regum inde ab a. MCCLXXIII usque ad a. MCCXCVIII (1273–1298)* (= *Monumenta Germaniae Historica. Constitutiones* III), Hannover.
- STEHKÄMPER, HUGO (1978): *Geld bei deutschen Königswahlen des 13. Jahrhunderts*, in: *Wirtschaftskräfte und Wirtschaftswege*, Bd. 1: *Mittelmeer und Kontinent*. *Festschrift für Hermann Kellenbenz*, hg. von JÜRGEN SCHNEIDER, Stuttgart, 83–135.
- STÜRNER, WOLFGANG (2000): *Friedrich II. Teil 2: Der Kaiser 1220–1250*, Darmstadt.
- THORAU, PETER (1998): *König Heinrich (VII.), das Reich und die Territorien* (= *Jahrbücher der Deutschen Geschichte. Jahrbücher des Deutschen Reichs unter Heinrich [VII.]*, Teil 1), Berlin.
- TRAUTZ, FRITZ (1961): *Die Könige von England und das Reich 1272–1377*, Heidelberg.
- VOGTHERR, THOMAS (2004): *Von der Münzbelastung zur akademischen Disziplin. Anmerkungen zum Verhältnis von Numismatik und Geschichtswissenschaft*, in: REINER

- CUNZ & CLAUS-ARTUR SCHEIER (Hg.), „Geld regiert die Welt“. Numismatische Grundsatzen interdisziplinär (= Abhandlungen der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft 53), Braunschweig, 13–31.
- WEFERS, SABINE (1995): Versuch über die „Außenpolitik“ des spätmittelalterlichen Reiches, in: Zeitschrift für historische Forschung 22, 291–316.
- WEILAND, LUDWIG (Hg.) (1896): Constitutiones et acta publica imperatorum et regum inde ab a. MCXCVIII usque ad a. MCCLXXII (1198–1272) (= Monumenta Germaniae Historica. Constitutiones II), Hannover.
- WERNER, MATTHIAS (2003): Reichsfürst zwischen Mainz und Meissen. Heinrich Raspe als Landgraf von Thüringen und Herr von Hessen (1227–1247), in: WERNER (siehe GRAMSCH 2003), 125–271.